

Antrag

AntragsstellerIn: Landesvorstand, Ramona Pop (KV Berlin-Mitte), Antje Kapek (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Gegenstand: Berlin ist besser als seine Regierung

1 Antragstext

2 Die LDK möge beschließen:

3 **BERLIN IST BESSER ALS SEINE REGIERUNG**
4 **Rot-Schwarze Bilanz und grüne Alternativen**

5 Immer mehr Besucher*innen aus dem In- und Ausland wollen sich selber ein Bild
6 davon machen, warum Berlin so attraktiv, vielfältig und dynamisch ist. Aber der
7 Wowereit-Senat ist viel zu verbraucht, um diese Aufbruchstimmung in praktische
8 Politik umzusetzen. Stattdessen blockieren oder verschleppen SPD und CDU alles,
9 was gestalterischen Mut und kreative Lösungen erfordert – teils aus Unvermögen,
10 teils weil sich diese Große Koalition nur noch auf den kleinsten gemeinsamen
11 Nenner, den eigenen Machterhalt, einigen kann. Seit Ende 2011 ist die Stadt um
12 90.000 Neu-Berliner*innen größer geworden. Aber die rot-schwarze Koalition hat
13 es in der Wohnungspolitik, bei öffentlicher Daseinsvorsorge und Infrastruktur
14 verpasst, rechtzeitig die Weichen für ein nachhaltiges Wachstum der Stadt zu
15 stellen. Berlin findet konjunkturell langsam Anschluss an den Rest der
16 Republik, was sogar zu kleinen Überschüssen im – immer noch überschuldeten –
17 Landeshaushalt führt. Aber SPD und CDU nutzen das nicht, um gegen die
18 zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft anzugehen und in die Zukunft zu
19 investieren.

20 Die größte Hypothek, die Wowereit und Henkel der Stadt aufbürden, ist aber der
21 Vertrauensverlust der Bevölkerung in Politik insgesamt. Die rot-schwarze
22 Koalition hat es geschafft, dass die Berliner*innen Skandale als Normalität,
23 Regierungsversagen als Regelfall und politische Verantwortung als Fremdwort
24 betrachten müssen. Fünf Rücktritte von Regierungsmitgliedern in 30 Monaten, das
25 BER-Debakel, die NSU- und V-Mann-Skandale, das anhaltende S-Bahn-Chaos oder
26 zuletzt die Affäre Schmitz: Das ist nicht nur eine verheerende Halbzeitbilanz
27 für Rot-Schwarz, das hat das Zeug, ein demokratisches Gemeinwesen in seiner
28 Substanz zu erschüttern.

29 Es ist ein offenes Geheimnis, dass Klaus Wowereit nur noch Regierender
30 Bürgermeister ist, weil die SPD keinen Nachfolger findet und die CDU Angst vor
31 Neuwahlen hat. Es ist schlimm genug, wenn ein Regierender Bürgermeister eine
32 Regierungskoalition in Geiselnahme nimmt. Aber noch schlimmer ist es, wenn eine
33 ganze Stadt dafür zahlen muss. Das BER-Debakel kostet die Steuerzahler*innen
34 1,4 Millionen Euro - am Tag! Wer aus einem solchen Vorgang keinerlei
35 Konsequenzen zieht, darf sich nicht wundern, dass die politische Kultur und die
36 Glaubwürdigkeit von Regierungshandeln Schaden nehmen.

37 Während ihr oberster Repräsentant zu einer nationalen Witzfigur geworden ist,
38 die jedes noch so dumme Klischee über Berlin zu bestätigen scheint, wollen
39 viele Berliner*innen das Schicksal ihrer Stadt selbst in die Hand nehmen. Der
40 Wasser- und der Energie-Volksentscheid sind Beispiele dafür. Aber auch die
41 Debatte über die Zukunft des Tempelhofer Feldes zeigt, dass immer mehr Menschen
42 es einfach nicht länger hinnehmen, wenn ihnen Stadtentwicklung nach
43 Gutsherrenart und mit den Rezepten der 80er Jahre übergestülpt werden soll. Die
44 Stadtgesellschaft zeigt im Gegensatz zu ihrer Regierung auch an vielen anderen
45 Stellen Gestaltungswillen und Engagement für die Sache. Elterninitiativen für
46 gute Schulen, gemeinwohlorientierte Baugruppen, ehrenamtliche
47 Integrationsprojekte oder Anwohner*innen, die sich für ein lebenswertes
48 Wohnumfeld einsetzen, - sie und viele andere übernehmen überall dort, wo der
49 rot-schwarze Senat versagt hat, Verantwortung für Berlin. Wir Grüne setzen auf
50 den Gestaltungswillen der Berliner*innen. Wir wollen ihnen Alternativen zur
51 Politik von diesem rot-schwarzen Senat anbieten.

52 **BER: Debakel ohne Ende?**

53 Der verpfuschte Bau des Hauptstadtflughafens in Schönefeld ist für Berlin in
54 mehrfacher Hinsicht eine Katastrophe: Die mehrfach verschobene Eröffnung hat
55 dem Standort Berlin schwer geschadet, fast wöchentlich erreichen die
56 Öffentlichkeit immer neue Hiobsbotschaften über folgenreiche Planungsfehler und
57 gravierende Baumängel. Der Versuch des Senats, diese unendliche
58 Pannengeschichte zu verschleiern und sein verantwortungsloses Gebaren bei der
59 Festsetzung der Flugrouten und dem Lärmschutz, haben zu einem rapiden
60 Akzeptanzverlust des Projekts in der Bevölkerung geführt. Seit der geplatzten
61 Eröffnung im Juni 2012 kostet die BER-Baustelle Monat für Monat rund 40
62 Millionen. Dafür zahlen vor allem auch die Berliner*innen - mit Steuermitteln,
63 die der öffentlichen Hand dann an anderer Stelle fehlen, etwa für dringend
64 benötigte Investitionen in die Bildung, den sozialen Wohnungsbau oder den
65 Klimaschutz. Bis heute steht in den Sternen, wie viel der BER am Ende wirklich
66 kosten wird. Den neuesten Tiefpunkt markiert der plan- und ergebnislose
67 Aktionismus von Flughafenchef Mehdorn und den Mitgliedern im Aufsichtsrat,
68 zumal sich alle Beteiligten gegenseitig die Verantwortung für das gemeinsame
69 Versagen zuschustern. All das weckt begründete Zweifel, ob der BER vor 2016
70 fertig wird, ja ob er überhaupt jemals als Flughafen an den Start gehen kann.

71 **Wir wollen**, dass die Berliner Bevölkerung endlich die Wahrheit über den BER und
72 das gesamte Ausmaß des Desasters erfährt. Die grünen Mitglieder im
73 Untersuchungsausschuss werden noch vor dem Sommer eine Zwischenbilanz ihrer
74 Aufklärungsarbeit ziehen. Wir wollen Transparenz schaffen, indem alle Kosten-
75 und Zeitpläne offengelegt werden und wir möchten Expert*innen hinzuziehen, die
76 den Aufsichtsrat und die Flughafengesellschaft beim Krisenmanagement

77 unterstützen. Wir erwarten, dass der Senat einen Nachtragshaushalt einbringt
78 und die explodierenden Mehrkosten nicht am Parlament und der Bevölkerung vorbei
79 begleicht. Es muss auch Schluss sein mit den Trickereien beim Lärm- und
80 Gesundheitsschutz. Das betrifft nicht nur den Standort BER, sondern auch die
81 Anwohner*innen vom Flughafen Tegel, die unmittelbar unter der Verschiebung der
82 BER-Eröffnung auf den Sankt Nimmerleinstag leiden. Wir stehen zu unserer
83 Forderung nach einem Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr und fordern, dass
84 sich der Berliner Senat einer entsprechenden Gesprächsinitiative der
85 Brandenburger Landesregierung nicht länger verweigert. Und wir sind bereit,
86 alle überholten Planungen ohne Vorbehalt auf den Prüfstand zu stellen. Denn der
87 BER braucht neben einem konkreten Stufenplan für seine bauliche Fertigstellung
88 auch einen neuen Businessplan. Ansonsten besteht die Gefahr, dass der BER
89 selbst nach seiner Inbetriebnahme auf unabsehbare Zeit rote Zahlen schreibt.

90 **NSU- und V-Mann-Skandal: Henkel lässt Berlin im Dunkeln**

91 Seit September 2012 ist klar, dass auch das Berliner LKA in den Skandal rund um
92 den NSU-Komplex verstrickt ist und mehrere V-Personen im Umfeld des Terrortrios
93 geführt haben soll. Der Berliner Verfassungsschutz hat die entsprechenden Akten
94 rechtswidrig geschreddert. Seitdem steht ein schlimmer Verdacht im Raum: Hätte
95 der Tod von Menschen verhindert werden können, wenn die Berliner
96 Sicherheitsbehörden ihre Arbeit gemacht hätten? Gab es den Versuch, dieses
97 Versagen nachträglich zu verschleiern? In beiden Fällen steht nichts weniger
98 als das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat auf dem Spiel.
99 Innensenator Henkel hat sich einer vorbehaltlosen Aufklärung bislang
100 verweigert. Er konnte Parlament und Öffentlichkeit stets nur mitteilen, was
101 bereits bekannt war, und selbst das häufig erst unter Druck. Es bleibt das Bild
102 von einem Senator, der seine Innenverwaltung nicht im Griff hat und der weder
103 willens noch in der Lage ist, die notwendigen Konsequenzen aus den vorhandenen
104 Erkenntnissen zu ziehen.

105 **Wir wollen** echte Aufklärung, selbst wenn die Wahrheit schmerzhaft ist. Wir
106 geben uns nicht mit der Salamtaktik des Senats zufrieden, denn die gibt dem
107 Verdacht, unsere Sicherheitsorgane seien auf dem rechten Auge blind, neue
108 Nahrung und verhindert die notwendigen strukturellen und personellen
109 Konsequenzen. Institutioneller Rassismus hat in einer demokratischen
110 Gesellschaft keinen Platz. Auch in die Innenverwaltung und ihre zugehörigen
111 Behörden muss eine Kultur einziehen, in der die eigenen Vorurteile reflektiert
112 werden und der Schutz vor Diskriminierung ganz oben auf der Agenda steht. Wir
113 wollen die Berliner Sicherheitsbehörden reformieren. Der Berliner
114 Verfassungsschutz ist in seiner jetzigen Form weitgehend wirkungslos. Einige
115 der Aufgaben könnte die Polizei wahrnehmen, andere sind bei
116 Bildungsinstitutionen und unabhängigen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen
117 besser aufgehoben.

118 **Die Koalition des großen Infrastrukturverfalls und der Schattenverschuldung**

119 Angetreten ist Rot-Schwarz als Koalition der Infrastruktur. Heute müssen wir
120 feststellen, dass kaum eine Regierung die Infrastruktur unserer Stadt dermaßen
121 verfallen lässt, wie diese. Straßen, Geh- und Fahrradwege sind in einem
122 erbärmlichen Zustand. Schulen sind zum Teil so marode, dass Sporthallen
123 geschlossen werden müssen und Toiletten nicht mehr nutzbar sind. Wichtige
124 Brücken müssen für den Verkehr gesperrt werden, weil ihre Sanierung seit Jahren

125 auf die lange Bank geschoben wurde. Die Bäderbetriebe kämpfen mit hohen
126 Sanierungslasten und drohen mit der Schließung von Standorten. Da mutet es
127 geradezu grotesk an, wenn die Berliner SPD den Neubau von Schwimmbädern
128 verspricht. Auch im Öffentlichen Nahverkehr drohen Einbußen, weil
129 Schuldenlasten nicht getilgt werden und Investitionen ausbleiben. Während die
130 Ticketpreise steigen, sinkt die Attraktivität des ÖPNV, insbesondere bei der S-
131 Bahn ist keine Besserung in Sicht. Einen Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs
132 oder die Entwicklung eines Fahrradstraßennetzes, die allen Berliner*innen und
133 dem Klima zugute kämen, lehnt der Senat ab. Das einzige Projekt, das Rot-
134 Schwarz vorantreibt, ist der Weiter-Bau der A 100 und damit Betonpolitik von
135 gestern. Anstatt die finanziellen Spielräume, die sich aufgrund der guten
136 wirtschaftlichen Lage, der niedrigen Zinsausgaben und der hohen Rückflüsse aus
137 Wohnungsbaudarlehen ergeben, für nachhaltige Investitionen zu nutzen, betreibt
138 der Senat in der Öffentlichkeit nur Symbolpolitik, was die Schuldentilgung
139 angeht. Still und heimlich lässt er sich von der Koalition Bürgschaften für
140 Kredite in Höhe von sechs Milliarden Euro genehmigen. Dies erinnert unheilvoll
141 an die Große Koalition der 90er Jahre, als die Landesunternehmen zum
142 Milliardengrab wurden.

143 **Wir wollen** eine verlässliche Investitionsplanung, die einen Schwerpunkt auf die
144 städtische Infrastruktur legt. Die jetzige Investitionsquote - mit 1,3
145 Milliarden Euro ein historischer Tiefstand - wollen wir deutlich steigern. Je
146 länger man damit wartet, desto teurer und schwieriger werden Instandhaltung und
147 Sanierung. Wir wollen die Investitionsspielräume im Landeshaushalt nutzen und
148 dabei die richtigen Prioritäten setzen. Dazu gehören Investitionen in die
149 Bildung, den sozialen Wohnungsbau, in die energetische Sanierung und in die
150 städtische Infrastruktur. Eine Schattenverschuldung der öffentlichen
151 Unternehmen werden wir nicht zulassen.

152 **Soziale Wohnraum- und Mietenpolitik: Taten statt Worte!**

153 Die wachsende Stadt macht sich vor allem auf dem Wohnungsmarkt bemerkbar,
154 Wohnraum wird immer knapper und teurer. Die Legislaturperiode begann daher mit
155 der Ankündigung von Klaus Wowereit: 30.000 bezahlbare neue Wohnungen sollten
156 entstehen. Zur Halbzeit der Legislatur stellt man fest, dass davon keine
157 einzige zur Verfügung steht. Zwar wird an allen Ecken Berlins gebaut, doch
158 meist von privaten Investoren und im hochpreisigen Segment. Im Landeshaushalt
159 sind bislang nur Mini-Beträge für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus
160 vorgesehen. Und auch die Liegenschaftspolitik ist allen Ankündigungen zum Trotz
161 ein einziges Trauerspiel - von einer Neuausrichtung anhand sozialer,
162 kultureller oder ökologischer Kriterien ist bis heute keine Spur. Der Senat
163 ignoriert weiterhin das Problem der Wohnraumversorgung für Geringverdienende
164 und unterstützt durch unrealistische Richtwerte bei der Übernahme der Miet- und
165 Heizkosten von Leistungsbeziehenden die soziale Verdrängung. Besonders
166 schwierig ist die Lage für wohnungslose Menschen. Auch in diesem Winter war die
167 Kältehilfe völlig überlastet.

168 **Wir wollen**, dass das Land Berlin endlich vom Getriebenen zum Akteur beim
169 Wohnungsneubau wird. Unser Vorschlag für einen solide finanzierten
170 Wohnungsbaufonds in Höhe von 650 Millionen Euro liegt auf dem Tisch. Wir
171 möchten damit öffentliche und private Investitionen in einem Gesamtumfang von
172 rund drei Milliarden Euro befördern. Wir können damit in den nächsten zehn

173 Jahren 50.000 Wohnungen schaffen, deren Miete deutlich unter 6,50 Euro liegt.
174 Gleichzeitig erwarten wir vom Senat, dass er seine vollmundigen
175 mietenpolitischen Ankündigungen, etwa die Einführung einer
176 Umwandlungsverordnung, endlich einlöst. Im Gegensatz zu Rot-Schwarz wollen wir
177 alle rechtlichen Möglichkeiten, die dem Land Berlin zur Verfügung stehen,
178 ausschöpfen. Denn nur wenn wir Immobilienspekulation und steigende Mieten
179 begrenzen, können wir die Berliner Mischung erhalten.

180 **Chefsache Klimaschutz? Fehlanzeige.**

181 Wesentliche Teile der "Berliner Klimastrategie", die Klaus Wowereit im Sommer
182 2008 mit viel Tamtam vorgestellt und zur "Chefsache Klimaschutz" erklärt hat,
183 sind bis heute nicht umgesetzt: eine CO2-Sanierungsstrategie, ein
184 Finanzierungskonzept zur Wärmedämmung öffentlicher Gebäude oder ein Berliner
185 Klimaschutzprogramm lassen auf sich warten. Berlin rangiert im Bund-
186 Ländervergleich bei den Erneuerbaren Energien inzwischen auf dem letzten Platz.
187 Das Thema Energiewende zeigt aber auch, wie viel die Berliner*innen gemeinsam
188 mit Verbänden und der parlamentarischen Opposition erreichen können. Auch wenn
189 der Volksentscheid knapp gescheitert ist: Es wird ein Stadtwerk geben und auch
190 die Vergabe des Stromnetzes ist nach wie vor auf der Agenda.

191 **Wir wollen** ein echtes Stadtwerk, das im Gegensatz zum rot-schwarzen Bonsai-
192 Stadtwerk seinen Namen auch verdient hat. Es braucht eine vernünftige
193 Kapitalausstattung, um die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden
194 endlich voranzubringen. So können auch Arbeitsplätze in Berlin entstehen, vor
195 allem im Handwerk. Wir wollen weg vom Atom- und Kohlekonzern Vattenfall und
196 fordern für die Festlegung der Vergabekriterien beim Stromnetz einen
197 öffentlichen, transparenten Prozess. Und wir kämpfen weiterhin für ein Berliner
198 Klimaschutzgesetz, den Ausstieg aus der Kohle und die Unterstützung der Green
199 Economy, denn hier hat die Stadt auch ihre größten wirtschaftlichen Potentiale.

200 **Bildung, Jugend und Wissenschaft - für Rot-Schwarz kein Thema**

201 Es wird Zeit, dass der Senat endlich Bildungspolitik betreibt.
202 Bildungssenatorin Scheeres macht derzeit lediglich durch das Einknicken beim
203 Thema Inklusion und den sinnlosen Kampf gegen die Anliegen der angestellten
204 Lehrer*innen oder gegen Schulen in freier Trägerschaft auf sich aufmerksam. So
205 löst man keines der Probleme der Berliner Schulen. Noch im vergangenen Herbst
206 versicherte der Senat, dass kein Lehrkräftemangel zu erwarten sei, um 2014 den
207 Offenbarungseid leisten zu müssen: Nun wirbt der Senat sogar um
208 Quereinsteiger*innen. Auch im Kitabereich steuert die Koalition sehenden Auges
209 auf einen akuten Fachkräftemangel zu. Rot-Schwarz gefährdet außerdem Berlins
210 guten Ruf als Wissenschafts- und Forschungsstandort durch eine chronische
211 Unterfinanzierung der Hochschulen. Wie bei Schulen und Kitas ist der
212 Investitionsstau bei den Hochschulen milliardenstark.

213 **Wir wollen** diesen Investitionsstau bei den öffentlichen Gebäuden der Berliner
214 Bildungslandschaft angehen. Sanierung darf dabei nicht gegen Neubau ausgespielt
215 werden. Investiert werden muss auch in die Qualität von Bildung und Betreuung.
216 Die Beispiele Schulessen und -reinigung zeigen, dass Berlin an der falschen
217 Stelle spart: Wir wollen keine Vergabe zu Dumping-Preisen, sondern auf der
218 Grundlage überprüfbarer Kriterien und Standards, die auch eingehalten werden.
219 Wir fordern den Senat außerdem auf, Tarifverhandlungen mit den angestellten

220 Lehrer*innen aufzunehmen und damit den Weggang gut ausgebildeter und hoch
221 motivierter Lehrkräfte in andere Bundesländer zu stoppen. Generell gilt für
222 grüne Bildungspolitik: Wir wollen Schulentwicklung, Profilbildung und Inklusion
223 von unten fördern, statt sie von oben zu verordnen, denn ohne die Beteiligung
224 der Eltern, ihrer Kinder und der Lehrkräfte ist jede Bildungspolitik zum
225 Scheitern verurteilt.

226 **Bezirke: Neue Aufgaben brauchen neues Personal!**

227 Schon in den letzten zwei Legislaturperioden hat der Senat die Konsolidierung
228 des Landeshaushalts einseitig zu Lasten der Bezirke betrieben. Seit Rot-Schwarz
229 regiert, hat sich deren Notlage noch einmal drastisch verschärft. Denn der
230 Senat bricht nicht nur regelmäßig sein Versprechen, die Finanzlage der Bezirke
231 zu verbessern, sondern lässt sie durch den vom Land verordneten Personalabbau
232 vor allem personell ausbluten. Heute stehen Teile der Bezirksverwaltungen vor
233 dem Kollaps. Die Leidtragenden sind nicht nur die Mitarbeiter*innen, sondern
234 alle Berliner*innen. Denn wir alle sind auf eine funktionierende Verwaltung und
235 eine gute öffentliche Infrastruktur angewiesen. Es ist absehbar, dass die
236 Bezirke eine Reihe von Dienstleistungen zukünftig nur noch eingeschränkt oder
237 gar nicht mehr erfüllen können. Und es ist klar, dass weitere Einrichtungen
238 schließen müssen und Kernaufgaben auf der Strecke bleiben. Rot-Schwarz schafft
239 damit die Bezirke langfristig durch die Hintertür ab.

240 **Wir wollen** die Finanzbeziehungen zwischen Land und Bezirken vom Kopf auf die
241 Füße stellen. Schluss mit dem willkürlichen Eingreifen in die Bezirksfinanzen
242 und einem intransparenten Zuweisungssystem, dessen Logik sich inzwischen selbst
243 den wenigen Eingeweihten kaum noch erschließt! Wir fordern eine detaillierte
244 Aufgabenkritik, die Ausfinanzierung gesetzlicher Standards und ein
245 Personalentwicklungskonzept, das auch der Überalterung und dem Fachkräftemangel
246 in den Bezirksverwaltungen Rechnung trägt. Wir finden es richtig, wenn seitens
247 der Bevölkerung mehr Bürger*innennähe und -service sowie ein Mehr an
248 Beteiligung verlangt wird. Aber wenn der Senat den Bezirken entsprechende neue
249 Aufgaben zuweist, muss er sie dafür auch personell ausstatten. Wir wollen
250 deshalb den Grundsatz verankern, dass neue Aufgaben mit neuem Personal
251 einhergehen müssen.

252 **Probleme lösen, nicht aussitzen**

253 Berlin braucht keine Politik, die Probleme einfach aussitzt. Die rot-schwarze
254 Koalition hat schon zur Mitte der Legislatur unter Beweis gestellt, dass sie
255 nicht gestalten kann oder will. Schlimmer noch: Sie hat das Vertrauen vieler
256 Menschen in die Politik verspielt. Wir Grüne haben in den vergangenen
257 zweieinhalb Jahren aufgezeigt, dass es Alternativen zur Politik dieser
258 Koalition gibt. Wir wollen auch die zweite Hälfte der Legislaturperiode nutzen,
259 um den Berliner*innen konkrete Angebote zu machen und Probleme zu lösen. Wir
260 wissen, dass noch viel Arbeit vor uns liegt und wir verloren gegangenes
261 Vertrauen der Menschen in die Politik zurückgewinnen müssen. Wir sind überzeugt
262 davon, dass eine andere Politik und ein besseres Leben in unserer Stadt möglich
263 sind. Berlin braucht eine Politik, die mit Mut Probleme löst und die Chancen
264 unserer Stadt nutzt.